



Ausschuss für Bauen und Verkehr

62. Sitzung (nichtöffentlich)

3. April 2008

Dortmund Airport, Dortmund

13:30 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die Punkte 2 und 3 von der Tagesordnung abzusetzen.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der Ausschuss, Punkt 1 nicht von der Tagesordnung abzusetzen.

1 Fünftes Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes (5. ÄndG-WBFG)

9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5336
Vorlage 14/1684
Ausschussprotokoll 14/578

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Gesetzentwurf in geänderter Fassung zuzustimmen.

2 Den nordrhein-westfälischen Ansatz der Immobilien- und Standortgemeinschaften zur Stärkung von Innenstädten, Stadtteilzentren und Wohnquartieren weiterentwickeln! 11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2583

Von der Tagesordnung abgesetzt.

3 Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4582
Ausschussprotokoll 14/560

Von der Tagesordnung abgesetzt.

4 Modernisierung des Hauptbahnhofs in Siegen 13

Vorlage 14/1706

– Bericht durch Staatssekretär Günter Koslowski (MBV) 13

5 Rhein-Ruhr-Express: Finanzierung durch den Bund 14

Vorlage 14/1705

– Bericht durch Staatssekretär Günter Koslowski (MBV) 14

– Aussprache 14

6	Entwicklungsperspektiven des Dortmunder Airports	19
	– Bericht durch Manfred Kossack (Geschäftsführer Flughafen Dortmund)	19

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Manfred Kossack (Geschäftsführer Flughafen Dortmund)** die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Vertreter des Ministeriums und wünscht gute Beratung.

Reinhard Schulz (Hauptgeschäftsführer der IHK zu Dortmund): Ich freue mich, dass Sie im IHK-Bezirk tagen. Wir wissen das zu schätzen, denn es ist ja nicht selbstverständlich, dass Ausschüsse in die Regionen reisen. Deswegen einen herzlichen Dank dafür, dass Sie es gemacht haben. Das ist bei uns sehr gut angekommen.

Ich möchte Ihnen zunächst mitteilen, wie sich der IHK-Bezirk aufstellt. Mit unseren beiden Abgeordneten, nämlich Herrn Burkert und früher Herrn Hemmer, haben wir im Bereich Verkehr sehr eng zusammengearbeitet. Für uns sind Sie der wichtigste Ausschuss im Landtag. Nur eine moderne Verkehrsinfrastruktur kann dazu beitragen, dass Wirtschaft funktioniert, und zwar in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Straße, Schiene, Wasser und Luft. Im IHK-Bezirk mit den Städten Dortmund, Hamm und dem Kreis Unna leben etwa 1,2 Millionen Einwohner. Die Anzahl der IHK-zugehörigen Unternehmen beträgt mehr als 54.000 mit einer enormen wirtschaftlichen Dynamik. Die konjunkturelle Situation unterscheidet sich nicht wesentlich von der Situation in den Regionen, aus denen Sie kommen. Wichtig ist für unsere Region und unsere Unternehmen, dass die Konjunktur robust ist, dass die Finanzkrise, die mittlerweile auch Nordrhein-Westfalen erreicht hat, nicht dazu beiträgt, dass die Konjunktur abschwächt.

Die Außenwirtschaft spielt eine entscheidende Rolle. Inzwischen haben wir eine Exportquote von weit über 40 %. Das war vor etwa 20 Jahren noch anders. Damals lag diese bei etwa 15 %. Das Thema Export und Außenwirtschaft spielt ja eine ganz entscheidende Rolle, auch im Verkehrsbereich und gerade hier am Flughafen. Der Wandel in der Wirtschaft wird immer mehr deutlich. Ich erwähne noch einmal die Zahl von 54.000 Unternehmen. Vor etwa zwanzig Jahren waren es 30.000 Unternehmen. Ein Zeichen des Strukturwandels ist also die wachsende Zahl der Unternehmen. Darüber hinaus gibt es ein Anwachsen der außenwirtschaftlichen Aktivitäten. Das bedeutet, eine moderne Verkehrsinfrastruktur, die die Unternehmen erwarten, muss sich dem Wandel in der Wirtschaft anpassen. Dieser Wandel hat in verschiedenen Bereichen stattgefunden. Lange Zeit hat es in der Region Dortmund, Unna und Hamm die großen Unternehmen im Bereich Kohle und Stahl gegeben. Hier ist ein deutlicher Wandel eingetreten, wie auch in Nordrhein-Westfalen insgesamt. In Hamm gibt es derzeit noch eine aktive Zeche. Die Frage ist, wie lange noch. Man muss sich darauf vorbereiten, dass neue Strukturen wachsen.

In der Region sind diese Strukturen neu gewachsen. Ganz entscheidend ist, dass der Mittelstand vertreten ist. Der Mittelstand ist nicht so anfällig wie die großen Un-

ternehmen. Selbstverständlich gibt es aber auch noch große Unternehmen. Diesbezüglich erinnere ich an die Versicherungswirtschaft, zum Beispiel Signal Iduna, Continental. Kurzum: Dieser Mittelstand ist vielfältig, flexibler und robuster, wenn es darum geht, konjunkturelle Abschwungphasen zu überwinden. Wichtig sind aber auch die neuen Bereiche, nämlich Logistik, Informationstechnologie und Mikrosystemtechnologie. Diese drei Branchen sind in den letzten Jahren zu den Gewinnern im Bereich der Arbeitsplätze geworden. Diese Branchen benötigen Flächen. Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass Dienstleistung alleine nicht ausreicht, um Nordrhein-Westfalen oder eine Region nach vorne zu bringen, sondern wir brauchen Industrie, und diese Region ist eine Industrieregion, wozu wir uns auch bekennen. Das bedeutet, Industrie muss wachsen können, und zwar mit Flächen und auch mit Verkehr.

Wichtig ist für unsere Unternehmen ein moderner Flughafen, der internationale Wege ermöglicht und den Firmen die Möglichkeit gibt, Globalisierungschancen wahrzunehmen. Der Flughafen hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Er muss sich weiter wandeln. Herr Kossack wird sicherlich gleich ausführen, wohin die Reise zu gehen hat. Die IHK hat vor einem Jahr eine Studie in Auftrag gegeben, und zwar mit dem Verkehrswirtschaftlichen Institut der Universität Münster. Diese Studie hat zu zwei entscheidenden Ergebnissen geführt, die man sich merken muss:

Beim Flughafen sind unmittelbar mehr als 4.000 Arbeitsplätze neu geschaffen worden. Darüber hinaus erfolgt eine Wertschöpfung pro Jahr von 280 Millionen €. Dies ist für die Region ganz bedeutend. Hinzu kommt die Frage, wie viele Arbeitsplätze gesichert worden sind. Dies ist zwar nicht numerisch ermittelt worden, aber Tatsache ist, dass dieser Flughafen zahlreiche Arbeitsplätze sichert. Der Flughafen sichert aber nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

In der Energiewirtschaft gibt es ja den ausgewogenen Mix zwischen Kernenergie, Steinkohle und regenerative Energien. Auch im Bereich des Verkehrs muss eine ausgewogene Verteilung stattfinden, nämlich zwischen Straße, Luft, Wasser und Schiene. Von daher brauchen wir eine Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur und gerade hier eine Weiterentwicklung des Flughafens, denn Internationalität und Außenwirtschaft erfordern schnelle und moderne Verbindungen.

Ich möchte nun noch einen Punkt ansprechen, der für diese Region ebenfalls wichtig ist, nämlich Bildung. Wir können das Problem Arbeitslosigkeit auf Dauer nur bewältigen, wenn die Bemühungen im Bereich Ausbildung weiter vorangetrieben werden. Ausbildung und Bildung muss man im Zusammenhang mit dem Faktor Internationalität sehen. Wir können die Chancen im Markt nur wahrnehmen, wenn die Menschen in den Betrieben motiviert und qualifiziert sind. Deshalb gehören Infrastruktur, Bildung, Flughafen zusammen.

Diese Region hat glänzende Perspektiven. Man muss ja immer wieder deutlich machen, dass Dortmund bevölkerungsmäßig die zweitgrößte Stadt in Nordrhein-Westfalen ist. Von daher braucht diese Region den Flughafen. Herzlichen Dank für Ihre Entscheidung, beim dezentralen Luftverkehrskonzept zu bleiben. Diese Konzep-

tion ist für uns sehr wichtig. Wenn Sie weiterhin die Weichen so positiv stellen, dann bin ich sicher, dass wir auch in Dortmund, Unna und Hamm weiterwachsen werden.

Vorsitzender Wolfgang Röken sagt, der Ausschuss für Bauen und Verkehr nehme die Gelegenheit gerne wahr, ins Land zu gehen. Gerade was die Infrastrukturmaßnahmen anbelange, sei es wichtig, sich diese vor Ort anzusehen. Vor dem Hintergrund weise er darauf hin, dass der Ausschuss im Juni eine sogenannte Wasserstraßenbereisung vornehme, die in Dortmund enden werde.

Der Vorsitzende möchte wissen, ob vonseiten der Fraktionen Änderungswünsche zur Tagesordnung bestünden.

Bernd Schulte (CDU) teilt mit, dass in der Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform am gestrigen Tage bezüglich der Immobilien- und Standortgemeinschaften zusätzliche Fragestellungen aufgetreten seien, die noch nicht abschließend hätten geklärt werden können. Von daher beantrage seine Fraktion, die Tagesordnungspunkte 2 und 3 von der Tagesordnung abzusetzen.

Horst Becker (GRÜNE) ist mit der Absetzung der Tagesordnungspunkte einverstanden. Der Grund dafür, dass dieses Thema am gestrigen Tage im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform nicht behandelt worden sei, sei gewesen, dass die Koalitionsfraktionen noch über einen Änderungsantrag nachdächten. Von daher sei darum gebeten worden, das Thema nicht in der gestrigen Sitzung zu behandeln.

Dieter Hilser (SPD) ist ebenfalls damit einverstanden, die Punkte 2 und 3 von der Tagesordnung abzusetzen.

Er beantrage für seine Fraktion, auch Punkt 1 von der Tagesordnung abzusetzen. Ihm gegenüber sei kritisiert worden, dass dieses wichtige Thema in einer nichtöffentlichen Sitzung behandelt werde. Er wisse natürlich, dass man sich im Sprecherkreis darauf verständigt habe, aber diese Kritik habe es mehrfach gegeben.

Bernd Schulte (CDU) weist darauf hin, dass sich gegenüber der letzten Beratung dieses Gesetzentwurfes inhaltlich nichts verändert habe. Aufgrund dessen sehe er nicht ein, dass vor dem Hintergrund, dass dieser Gesetzentwurf bereits im Dezember 2007 eingebracht worden sei, die Beratung im Ausschuss noch einmal vertagt werden solle.

Horst Becker (GRÜNE) erinnert daran, dass er bereits im Obleutegespräch darauf hingewiesen haben, dass er es problematisch finde, dass, wenn Beratungsgegenstände zur öffentlichen Beratung in die Ausschüsse überwiesen worden seien, diese in nichtöffentlicher Sitzung beraten würden. Er halte dies für einen Verstoß gegen die guten Sitten, wenn nicht sogar gegen die Geschäftsordnung des Landtags.

Vorsitzender Wolfgang Röken lässt wissen, dass dieses Vorgehen nicht gegen die Geschäftsordnung verstoße.

Christof Rasche (FDP) stellt sich die Frage, ob das Vorgehen der SPD-Fraktion sachlich oder politisch motiviert sei.

Im Obleutegespräch habe man sich einstimmig darauf verständigt, dieses Thema in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten. Insofern könne ein Verstoß gegen die guten Sitten nicht vorliegen.

Die Sachlage bei dem in Rede stehenden Thema sei glasklar. Es gebe Gremien und Institutionen, die dagegen seien, und Gremien und Institutionen, die dafür seien. Die Positionen seien klar und deutlich ausgetauscht.

Er weise darauf hin, dass die abschließende Beratung im Plenum öffentlich sei. Hier gebe es dann die Möglichkeit, die Argumentation aller vier Fraktionen zu vernehmen. Insofern halte er es nicht für notwendig, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die Punkte 2 und 3 von der Tagesordnung abzusetzen.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der Ausschuss, Punkt 1 nicht von der Tagesordnung abzusetzen.

**1 Fünftes Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes
(5. ÄndG-WBFG)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5336
Vorlage 14/1684
Ausschussprotokoll 14/578

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Wolfgang Röken teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei nach Beratung im Plenum am 15. November 2007 federführend an den Ausschuss für Bauen und Verkehr überwiesen worden. Mitberatend seien der Haushalts- und Finanzausschuss sowie der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform. Eine Anhörung habe stattgefunden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss habe in seiner Sitzung am 14. Februar 2008 und der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform in seiner Sitzung am 13. Februar 2008 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfohlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Vonseiten der Koalitionsfraktionen liege ein Änderungsantrag als Vorlage 14/1684 vor.

Bernd Schulte (CDU) begründet, der in Rede stehende Gesetzentwurf sei Grundlage dafür, dass aus dem positiven Zinssaldo der Wohnungsbauförderungsanstalt Erträge abgeschöpft und dem Landeshaushalt zugeführt werden könnten. Für das Jahr 2008 werde die Möglichkeit des Zugriffs insofern begrenzt, als aus dem Überschuss 2007 82 Millionen € an den Landeshaushalt abzuführen seien. Davon seien 40 Millionen € für die Städtebauförderung und 22 Millionen € für die Abwicklung noch laufender Brachflächenrecyclingmaßnahmen des Grundstücksfonds vorgesehen. Für 2009 bis 2011 sollten die Überschüsse erst nach Abschluss des jeweiligen Wirtschaftsjahres abgeführt werden können. Gegenüber der im Dezember eingebrachten Fassung des Gesetzentwurfs ergäben sich im Änderungsantrag redaktionelle Änderungen, die materiell den ursprünglichen Gesetzentwurf nicht veränderten.

Dieter Hilser (SPD) sagt, seine Fraktion werde heute auf eine inhaltliche Debatte verzichten, weil man dieses Thema gerne in öffentlicher Sitzung erörtern wolle. Er finde es bemerkenswert, dass die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen ein halbes Jahr gebraucht hätten, um lediglich einen Fehler zu korrigieren.

Bernd Schulte (CDU) macht darauf aufmerksam, dass die Hälfte des vom Abgeordneten Hilser genannten Zeitraums dafür verwandt worden sei, die Minderheitenrechte der Opposition auszuüben, was keine konkreten Auswirkungen auf den Gesetzentwurf gehabt habe.

Horst Becker (GRÜNE) weist darauf hin, dass sich nach seiner Kenntnis fast alle Fachleute gegen dieses Gesetzesvorhaben der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen ausgesprochen hätten. Er finde es ein Armutszeugnis, dass die Anhörung zu einem derart schmalen Ergebnis geführt habe.

Christof Rasche (FDP) freut sich auf die Debatte im Plenum. Die Ausführungen der Oppositionsfraktionen bestätigten seine Auffassung, dass es nicht nötig gewesen sei, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Gesetzentwurf in geänderter Fassung zuzustimmen.